

Jäger fordern Rechtssicherheit bei Tötung von Wölfen

HANNOVER Bei einer Beteiligung an der Tötung sogenannter Problemwölfe fordern Niedersachsens Jäger unter anderem Rechtssicherheit und die Wahrung der Anonymität. Das sagte Helmut Dammann-Tamke, Präsident der Landesjägerschaft (LJN).

„Wenn das Umweltministerium auf die Beteiligung von Jägern setzt, erwarten wir von jeder Anordnung einer Entnahme, dass sie diese Kriterien erfüllt“, sagte er in Hannover. Die Möglichkeiten dazu seien mit der unlängst erfolgten Änderung

des Bundesnaturschutzgesetzes gegeben.

Das Umweltministerium in Hannover solle zeitnah die angekündigte Wolfsverordnung auf den Weg bringen und darin auch die Änderungen des Bundesnaturschutzgesetzes konkretisieren, for-

derte Dammann-Tamke. Es gehe aber immer um eine individuelle Entscheidung: „Am Ende bleibt es aber auch nach der Änderung des Gesetzes dabei, dass jeder Einzelne, der angefragt wird, für sich selbst entscheidet, ob er sich beteiligt oder nicht.“ *dpa*

MT v. 14.04.2020